

»Sie sollen uns fürchten«

Geschichte. Vor 70 Jahren entstanden die Strukturen und politischen Grundsätze für die zivile Besatzungsverwaltung in der zu unterwerfenden Sowjetunion

Von Martin Seckendorf



Das Haus Rauchstraße 17/18 in Berlin-Tiergarten, bis 1941 Sitz der jugoslawischen Botschaft. Im April 1941 zog das in Bildung befindliche »Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete« in das Gebäude ein

Foto: Wikipedia

Am 20. April 1941 unterzeichnete Hitler einen Erlass, durch den der »Reichsleiter« der Nazipartei, Alfred Rosenberg, zum »Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes« ernannt wurde. Der Chefideologe der NSDAP erhielt damit den Auftrag, für die Beherrschung und Ausbeutung der zukünftig zu besetzenden Gebiete in der UdSSR eine oberste Reichsbehörde aufzubauen und die Grundlinien für die Besatzungspolitik zu formulieren. Die Ernennung Rosenbergs wurde umgehend dem Oberkommando der Wehrmacht und anderen Reichsministern mitgeteilt und sie zur Mitarbeit beim Aufbau der Behörde, die man ab Mai zunächst inoffiziell Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete nannte, verpflichtet.

Der »Reichsleiter« galt bei den Nazis wegen seiner deutschbaltischen Herkunft als Ostexperte. 1893 in Tallin geboren, hatte er kurze Zeit in Moskau studiert. Dort habe er Erfahrungen mit dem »jüdischen Bolschewismus« sammeln können, hieß es in Parteiveröffentlichungen. 1918 war Rosenberg nach Deutschland emigriert und wurde Vertrauter Hitlers in der Münchner Naziszene.

Unterwanderung der Sowjetunion

Rosenberg hatte sich seit langer Zeit intensiv mit der Bekämpfung der Sowjetunion beschäftigt. Im April 1933 wurde auf seine Initiative das Außenpolitische Amt der NSDAP gegründet. Die Mitarbeiter der APA genannten Einrichtung waren 1941 das wichtigste Reservoir des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete. Das APA sollte die offizielle Außenpolitik des Nazireiches durch eine inoffizielle Komponente ergänzen. Der Kampf

gegen die Sowjetunion bildete dabei den Schwerpunkt. Vor allem in vier Richtungen ging das APA gegen die UdSSR vor.

Eine Seite war die Erarbeitung von Propagandamaterialien über den »jüdischen Bolschewismus« und die »russische Gefahr«. Die UdSSR bedeute Bolschewismus, und dieser sei mit dem Judentum identisch, so die These. Durch Zergliederung der Sowjetunion in ihre nationalen Bestandteile bei Verkleinerung des europäischen russischen Territoriums und Dezimierung der russischen Bevölkerung sei die »Gefahr aus dem Osten« zu bannen. Der Bolschewismus, so Rosenberg auf dem Parteitag der NSDAP 1935 in Nürnberg, sei die »Aktion einer fremden Rasse« und die höchste Form des Judentums. Gegenüber diesem »Parasitismus« dürfe es keine Kompromisse geben. Die Propaganda wurde in Schulungen und über die Medien massenhaft verbreitet. Sie hatte auf das »Rußlandbild« vieler Deutscher verheerende Wirkungen. Außerdem sollte damit das NS-Regime innenpolitisch legitimiert werden. Auf dem Parteitag der NSDAP 1935 hob Rosenberg den konterrevolutionären Charakter des Faschismus hervor. Die Übertragung der Staatsmacht an die NSDAP 1933 sei der erste »Gegenstoß« gegen »Zionismus und Bolschewismus« gewesen. Jeder, der gegen das Naziregime kämpfe, ob im Inland oder außerhalb Deutschlands, mache sich zum Verbündeten des Bolschewismus. Das Amt versuchte, die Materialien auch für die Auslandspropaganda einzusetzen. Nach dem von Rosenberg in einer Rede vom 21. März 1936 kreierten Slogan »Wer mit dem Bolschewismus paktiert, begeht Verrat an Europa« wollte man Einfluß auf die Haltung fremder Völker und Regierungen gewinnen.

Ein zweiter Schwerpunkt war die Sammlung in Deutschland lebender antikommunistischer Emigranten aus der Ukraine, dem Kaukasus und ab 1940 aus dem Baltikum, nachdem Estland, Lettland und Litauen Sowjetrepubliken geworden waren. Diese Kräfte sollten Informationen liefern und ihre Verbindungen in die UdSSR nutzen, um dort antisowjetische Aktionen anzuzetteln. In dem Vielvölkerstaat wollte man die sowjetischen Organe unterwandern und Nationalitätenkonflikte schüren, die letztlich in den Zerfall der Union münden sollten. Die nationale »Dekomposition« der Sowjetunion, so die Spekulationen, würde das »Riesenreich« maßgeblichem deutschen Einfluß zugänglich machen und den Weg für eine politische wie »rassische Neuordnung« unter deutscher Führung öffnen. Mitte 1934 erhielt das APA von Hitler den Auftrag, »die zentrifugalen Kräfte in Rußland« intensiv zu beobachten, damit man fertig sei, »wenn die Dinge weit genug gediehen sind«.

Eine dritte Richtung der Tätigkeit des APA war die Sammlung deutschstämmiger Menschen, die nach der Oktoberrevolution aus der UdSSR nach Deutschland oder in andere Länder ausgewandert waren »zwecks Vorbereitung für einen späteren Einsatz«. Das Amt gründete 1936 dazu den »Verband der Deutschen aus Rußland«. Die »Rußlanddeutschen« wurden befragt, um Informationen zu erhalten. Das Material diente der eigenen »Forschungsarbeit« und der Kontaktpflege mit »Rußlanddeutschen« in- und außerhalb der Sowjetunion. Es ging auch an interessierte politische, militärische und geheimpolizeiliche Stellen. Aus den Mitgliedern wählte man geeignete Menschen aus, die im Kriegsfall als sprach- und landeskundige Kräfte eingesetzt werden sollten. Das APA konnte bei Beginn des deutschen Überfalls ab 22. Juni 1941 der Wehrmacht und den Okkupationsverwaltungen Zehntausende Angehörige aus dem »Verband der Deutschen aus Rußland« zur Verfügung stellen.

Ein vierter Arbeitszweig des APA war die Erarbeitung von Analysen über die UdSSR, insbesondere über deren Nationalitätenstruktur. Die Studien, vielfach mit Karten und Statistiken, mündeten in Konzepte für die Schürung separatistischer Bestrebungen zur Zerschlagung der Union. Rosenberg erstattete Hitler regelmäßig über diesen Arbeitszweig Bericht. Dem Leiter der Ostabteilung des APA übermittelte Rosenberg, der »Führer« sei sehr

zufrieden. Der ostpolitische Ansatz des APA nach »Dekomposition« der UdSSR decke sich voll mit der Auffassung Hitlers. Auch dieser sehe in der Sowjetunion eine große Gefahr, der man dadurch begegnen könne, daß man den Staat in seine nationalen Bestandteile zerlege. Die Mitteilung Rosenbergs an seinen Abteilungsleiter korreliert mit einer Bemerkung, die Hitler wenige Wochen zuvor gegenüber dem japanischen Botschafter in Berlin, Hiroshi Oshima, gemacht hatte. Am 22. Juli 1935 sagte Hitler, der »Riesenblock Sowjetunion« müsse »in seine ursprünglichen historischen Teile zerlegt werden«.

Von besonderem Gewicht für die spätere Okkupationspolitik waren Untersuchungen über Zahlen und Wohnorte der Deutschen in der Sowjetunion. Das »Rußlanddeutschtum« könne, so die Meinung der Ostabteilung, bei der Germanisierung erobelter Gebiete eine große Rolle spielen.

Rigoreuse Raubstrategie



NSDAP-Chefideologe und ab Juli 1941 »Reichsminister für die besetzten Ostgebiete«: Alfred Rosenberg (Mitte) bei einem Besuch in Kiew (Juni 1942)
Foto: Bundesarchiv

Am 18. Dezember 1940 war die grundsätzliche Weisung für den Angriff auf die Sowjetunion ergangen. Darin wurde festgelegt, bis zum »Wintereinbruch« eine Linie Kaspisches Meer–Archangelsk zu besetzen (siehe jW-Thema vom 18.12.2010).

Bei der Vorbereitung des Überfalls spielte die wirtschaftliche Ausbeutung der Sowjetunion eine große Rolle. Dabei plante die deutsche Führung eine ausgesprochene Raubstrategie. Der »Kampf um die Weltmacht« war nach ihrer Meinung nur zu gewinnen, wenn die ernährungs- und rohstoffwirtschaftlichen Reichtümer der Sowjetunion sofort und möglichst vollständig in die Verfügungsgewalt der deutschen Faschisten gelangten. Es ging vor allem um Getreide und Mineralöl. In den wirtschaftspolitischen Richtlinien für die deutschen Invasoren vom 16. Juni 1941 (wegen der Farbe des Deckblattes »Grüne Mappe« genannt) heißt es: »Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel. (...) Daneben müssen sonstige Rohstoffe der deutschen Kriegswirtschaft zugeführt werden.« Es gehe um die »sofortige und höchstmögliche Ausnutzung«, ohne Rücksicht auf die sowjetische Bevölkerung, wurde betont. Das Minimalziel war, die anspruchsvolle, mehr als drei Millionen Mann zählende Aggressionsstreitmacht sowie die nach Hundertausenden zählenden Angehörigen der Besatzungsverwaltungen »aus dem Lande« zu ernähren und noch gewaltige Mengen der knappen Güter nach Deutschland zu verschicken. Über die Konsequenzen für die sowjetische Bevölkerung waren sich die Planer im klaren. Auf einer Konferenz der Verantwortlichen am 2. Mai 1941 wurde festgestellt, daß in Vollzug dieser Raubstrategie »zweifelloos zig Millionen Menschen verhungern« werden – ein durchaus erwünschter »bevölkerungspolitischer Nebeneffekt«. Es galt, »unnütze Esser« zu beseitigen,

um mehr nach Deutschland liefern zu können. Außerdem erstrebte man »menschenverdünnte« Zonen, um große Gebiete der Sowjetunion mit Deutschen besiedeln zu können (siehe jW-Thema vom 12.3.2011). Die Richtlinien wiesen auch darauf hin, die volkswirtschaftlichen Fernziele nicht außer acht zu lassen. Diese gingen von der Implantation einer rigorosen Kolonialwirtschaft aus. Die Sowjetunion sollte Nahrungsmittel, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte liefern sowie als Anlageplatz für deutsches Kapital und als Absatzmarkt für deutsche Industrieprodukte dienen. Die Fertigwarenindustrie war, soweit sie nicht für den Truppenbedarf arbeite, zu beseitigen. Eine Wiederinbetriebnahme sowjetischer Werke sollte nur erfolgen, wenn sie keine Konkurrenz für die deutsche Industrie darstellten. Ausschließlich als Betriebe der ersten rohstofflichen Verarbeitungsstufe bzw. als »verlängerte Werkbank« deutscher Konzerne sollte Verarbeitungsindustrie gestattet werden. In der erwähnten Konferenz vom 2. Mai 1941 wurde beschlossen: »Die Beschäftigung der (sowjetischen) Industrie darf nur auf Mangelgebieten wieder aufgenommen werden.«

Für die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik wurde Hermann Göring, »zweiter Mann« nach Hitler und bis dahin schon als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan mit außerordentlichen wirtschaftspolitischen Vollmachten ausgestattet, beauftragt. Er schuf auf Anregung des Chefs des Wirtschafts- und Rüstungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht, Georg Thomas, eine riesige Organisation aus Spezialisten der Wehrmacht und den wirtschaftspolitischen Reichsministerien. Die Wirtschaftsstab Ost genannte Organisation legte, wie das Protokoll einer Besprechung von General Thomas mit seinem Stab am 28. Februar 1941 ausweist, großen Wert darauf, daß »zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden, da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne (z. B.: Braunkohle, Erz, Chemie, Erdöl)«. Nach Abschluß der militärischen Operationen sollten wesentliche Funktionen von zivilen Besatzungsbehörden wahrgenommen werden.

Kolonialverwaltung

Mit dem Aufbau der zivilen Besatzungsorganisation wurde »Reichsleiter« Rosenberg beauftragt. Ab 2. April 1941 legte er, gestützt auf umfangreiche Vorarbeiten des APA, in kurzer Zeit detaillierte Vorschläge über den territorialen Umfang der einzelnen Besatzungszonen, die Besetzung der Führungspositionen und für die Grundlinien der deutschen Politik in den einzelnen Gebieten vor.

In den Dokumenten spiegeln sich die Ziele und Methoden der angestrebten deutschen Herrschaft über die Sowjetunion und der breite Konsens innerhalb der deutschen Herrschaftseliten darüber wider.

Rosenberg ging wie die Militärs davon aus, daß »eine militärische Auseinandersetzung mit der UdSSR... zu einer außerordentlich schnellen Okkupation eines wichtigen großen Teils der UdSSR führen« wird, dem »bald der militärische Zusammenbruch der UdSSR folgt«. Er ging sogar noch über die territorialen Ziele der »Weisung Nr. 21«, Hitlers Befehl zum Überfall auf die Sowjetunion vom Dezember 1940 (siehe jW-Thema vom 18.12.2010), hinaus. Rosenberg plädierte nicht nur für die Besetzung des »Ölzentrums Rußlands«, des gesamten Kaukasus, sondern auch für ein Vorgehen gegen »Russisch-Mittelasien oder Russisch-Turkestan«. Das Gebiet sei »die Baumwollkammer Rußlands mit einer jährlichen Produktion von 4-500000 T Baumwolle«. Es böte darüber hinaus »ungeheure« Expansionsmöglichkeiten in Richtung »Iran und Afghanistan« sowie »gegen Indien«.

Beim Aufbau der Verwaltung und der Festlegung von Arbeitsrichtlinien konnte Rosenberg

davon ausgehen, daß sich die Eliten aus Wirtschaft, Politik und Militär bereits seit längerer Zeit auf die grundlegenden Ziele in der zu erobernden UdSSR geeinigt hatten.

Ein wesentlicher Punkt war, die besetzten Territorien wegen des nur für kurze Zeit geplanten Krieges in der Sowjetunion sehr schnell zivilen Besatzungsverwaltungen zu unterstellen. Dadurch sollten die Ausnutzung und die Ausrichtung der Gebiete auf die »Endziele«, die totale »Neuordnung« und sichere Beherrschung des deutschen Ostimperiums, beschleunigt werden.

In den Konzepten hatte die Versorgung der »Truppe« und der deutschen Wirtschaft oberste Priorität. Die rücksichtslose Befolgung dieses Grundsatzes wurde allen Behörden zur Pflicht gemacht. Vor den Spitzen des Nazireiches sagte Rosenberg am 20. Juni 1941, es komme darauf an, »möglichst viel aus diesen Gebieten herauszuziehen« und »die deutsche Ernährung und Kriegswirtschaft zu sichern«. Er benannte auch die Konsequenzen dieser Politik und meinte, »dem Russentum werden sicher sehr schwere Jahre bevorstehen«.

»Anwendung brutalster Gewalt«



Plan zur Zerstückerung der Sowjetunion, Mai 1941

Als einzige erfolgversprechende Herrschaftsmethode galt die Anwendung schrankenlosen Terrors. Nur dadurch könne die sowjetische Bevölkerung zur Duldung der Okkupation, insbesondere der wirtschaftlichen Ausbeutung und zur Arbeit für die Deutschen gezwungen werden. Auf einer Besprechung mit der Heeresführung am 17. März 1941 verlangte Hitler: »Im großrussischen Bereich ist die Anwendung brutalster Gewalt notwendig.« Am 9. Mai 1941 gab er Rosenberg als Ratschlag für die Behandlung der sowjetischen Zivilisten mit auf den Weg, es komme nicht darauf an, daß die Bevölkerung die deutschen Okkupanten liebe, »sie sollen uns (...) fürchten«. Diese Auffassung mündete in den Befehl des OKW vom 23. Juli 1941, der festlegte, die Sicherung der eroberten Gebiete sei nur möglich, »wenn die Besatzungsmacht denjenigen Schrecken verbreitet, der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen«. Deshalb sollten präventiv wirkende »drakonische Maßnahmen« ergriffen werden. Zuständig dafür waren im rückwärtigen Heeresgebiet und in den zivilen Okkupationszonen die Sicherungsdivisionen der Wehrmacht und die SS-Polizeiverbände, die in den zivil verwalteten Gebieten teilweise den dortigen Okkupationsorganen unterstanden.

Die Anwendung politischer Maßnahmen zur »Gewinnung« der unterworfenen sowjetischen Bevölkerung wurde, außer in der Propaganda, kaum in Erwägung gezogen. Man glaubte, das nicht nötig zu haben und bezweifelte angesichts der ungeheuerlichen Kriegsziele die Tauglichkeit solcher Methoden. Das hatte Auswirkungen auch auf die Pläne zur Einbeziehung

von Kollaborateuren. Nur auf unterster Ebene sollte Kollaboration angenommen werden. Natürlich wollte man auf die Mitwirkung antisowjetischer Kräfte nicht verzichten. Gern gesehen waren sie als Henker ihrer Landsleute im Dienste der Deutschen, doch auch in dieser Funktion sollten sie keine Befehlsgewalt über größere Einheiten erhalten.

Um die zu erobernden Territorien beherrschen und wirtschaftlich effektiv ausbeuten zu können, wollte man den »riesenhaften Kuchen« in »handgerechte Stücke« zerlegen. In Anlehnung an die im Ersten Weltkrieg entwickelte Theorie, das »Riesenreich im Osten« sei am besten durch »Dekomposition«, durch Aufteilung in seine nationalen Bestandteile, zu beherrschen, plante man, die eroberten Gebiete in kleinere Verwaltungseinheiten zu zerlegen, die in ferner Zukunft staatsrechtlich unterschiedliche Formen erhalten könnten. Vor Beginn der Aggression stand fest, das europäische Gebiet der Sowjetunion zunächst in vier Verwaltungsbezirke zu unterteilen, die unter der Oberhoheit des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete von Reichskommissaren beherrscht werden sollten. Die baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen wollte man mit der Sowjetrepublik Belorußland zum Reichskommissariat Ostland zusammenfassen. Außerdem waren ein Reichskommissariat Ukraine und ein Reichskommissariat Kaukasus geplant. Das Reichskommissariat Rußland mit Moskau als Verwaltungszentrum hätte das europäische Kerngebiet der Russen zu umfassen. Große Teile der Heimstatt der Russen sollten aber an die anderen drei Besatzungszonen in der UdSSR angegliedert werden.

Rosenberg meinte in einer Rede am 20. Juni, die Beherrschung und Ausbeutung der eroberten Gebiete bedürfe »Jahre härtester Kolonialarbeit«.

Deportation und »Umvolkung«

In der Planung zur Unterwerfung der UdSSR war den drei baltischen Sowjetrepubliken sowie der im Reichskommissariat Ukraine liegenden Halbinsel Krim ein besonderes Schicksal zgedacht. Diese Gebiete sollten nicht wie der größte Teil des sowjetischen Territoriums deutsche Kolonie, sondern »germanisiert«, danach annektiert und in nicht allzu ferner Zukunft integraler Teil des Deutschen Reiches ähnlich wie Thüringen oder Bayern werden.

Für die Krim mit einem riesigen Hinterland bis zum Unterlauf des Dnjepr plante man, alle Bewohner zu deportieren und Deutsche anzusiedeln. Vorgesehen dafür waren u. a. Deutsche aus Südtirol und – nach politischer und »rassischer« Prüfung – auch Deutsche aus der Sowjetunion.

In Estland, Lettland und Litauen galt ein geringer Teil der Bewohner als zur Germanisierung »rassisch« geeignet. Diese sollten entnationalisiert und zu Deutschen »umgevokt« werden. Das betraf nach Rosenberg etwa 700000 Menschen. Sie hätten im »deutschen Baltenland« bleiben können. Die große Mehrheit, etwa 5,3 Millionen Einwohner, sollte, da als »nichtendeutschungsfähig« eingestuft, »verschwinden«. Zielgebiet der Deportationen war überwiegend Belorußland, wo sie als »Heloten« der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stünden. Damit seien die estnische, lettische und litauische Nation beseitigt und in den baltischen Sowjetrepubliken Platz gewonnen für »die Ansiedlung einer mengenmäßig bedeutenden deutschen Bevölkerung«, wie Rosenberg am 2. April 1941 schrieb. Die »Eindeutschungsraten« Rosenbergs bildeten die Planungsgrößen auch für die späteren Dokumente der SS, die unter der Bezeichnung »Generalplan Ost« bekanntgeworden sind.

Die Germanisierung und nachfolgende Annexion des Baltikums sollten die dauerhafte Beherrschung dieses Gebietes und des gesamten Ostseeraumes sichern sowie Ausgangspunkt

für die von Nordwest aus zu betreibende »radiale Erschließung« des »Ostraumes« sein. Den südlichen Arm der »radialen Erschließung« sollte das »deutsche« Schwarzmeergebiet bilden. »Das baltische Meer muß ein germanischer Binnensee werden unter großdeutscher Obhut«, schrieb Rosenberg am 8. Mai 1941. Er forderte, das »deutsche Baltenland« sei auf Kosten der Russischen Föderation im territorialen Bestand mehr als zu verdoppeln. Damit wäre die spätere deutsche Reichsgrenze nur noch etwa 250 Kilometer westlich von Moskau verlaufen.

Als das Nazireich am 22. Juni 1941 mit der größten Streitmacht der Weltgeschichte über die Sowjetunion herfiel, lag anders als bei allen vorausgegangenen Feldzügen ein komplexes und detailliertes Kriegszielprogramm vor, das die Zustimmung der entscheidenden Fraktionen der deutschen Herrschafts- und Einflußeliten fand. Der breite Konsens schloß auch die Vernichtungs- und Germanisierungspläne ein. Erst als im Herbst 1941 die Rote Armee vor Leningrad, Rostow und Moskau die Blitzkriegsstrategie durchkreuzte, splitterte die Gemeinsamkeit zunächst über die Wege zur Erreichung der Ziele auf.

Dr. Martin Seckendorf ist Historiker und Mitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. Am 6. April erschien von ihm an dieser Stelle ein Beitrag über den 70. Jahrestag des Überfalls der Naziwehrmacht auf Jugoslawien und Griechenland.